

Die Palästinenser und der „jüdische Staat“

PALÄSTINENSISCHE GEBIETE

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Hintergründe, Herausforderungen und Möglichkeiten aus palästinensischer Sicht, um Israels Forderung nach Anerkennung als jüdischer Staat nicht zu einem unüberwindbaren Verhandlungshindernis werden zu lassen

Ende April endete die von US-Außenminister John Kerry initiierte Nahost-Friedensinitiative nach neun Monaten ergebnislos. Israel hatte die Verhandlungen nur wenige Tage vor Ablauf der offiziellen Frist¹ als Reaktion auf das Aussöhnungsabkommen zwischen Fatah und der Hamas ausgesetzt.² In Anbetracht dieser Entwicklung bleibt abzuwarten, wann und unter welchen Bedingungen Israel und die Palästinenser in naher Zukunft zu einer Wiederaufnahme der Gespräche bereit sind. Doch auch ohne die Aussöhnung der zerstrittenen Palästinenserfraktionen hatte sich die Aussetzung der Verhandlungen – in diesem Fall von Seiten der Palästinenser – in den Wochen zuvor bereits abgezeichnet.

Zwanzig Jahre nach Oslo und der Anerkennung des Staates Israel durch die PLO besteht bei der internationalen Gemeinschaft³ ein mehr oder minder ausgeprägter Konsens zu den Kernthemen⁴ eines

endgültigen Abkommens. Relativ jung ist jedoch die Forderung Israels, die Ministerpräsident Benjamin Netanjahu in seiner zweiten Amtsperiode zur *conditio sine qua non* erklärt hat: gemeint ist den Staat Israel als „jüdischen Staat“ anzuerkennen. Diese Forderung hat sich in den letzten Jahren zu einer ernsthaften Verhandlungshürde entwickelt, die wohl auch in den abgelaufenen Friedensgesprächen nur schwerlich genommen worden wäre.

Während die Debatte über den Charakter des israelischen Staates unter den Palästinensern lebhaft geführt wird und auch nach Beendigung der Gespräche noch in vollem Gange ist, scheint es unter den führenden Staats- und Regierungschefs bisher kaum zu einer Auseinandersetzung mit dem Thema gekommen zu sein. Die internationale Gemeinschaft wirkt verunsichert, wie sie mit der Forderung umgehen soll. Was für den Außenstehenden als symbolischer Akt erscheinen mag, ist bei näherer Betrachtung ein komplexes Thema mit weitreichenden Implikationen, nicht nur für die palästinensische Führung, sondern auch für die Israelis⁵ selbst.

1 Es war geplant, sich bis zum 29. April 2014 zumindest über ein Interimsabkommen und weitere Verhandlungen zu einigen.

2 Inwiefern die Aussöhnung nachhaltig Bestand hat und die geplante „Regierung der Nationalen Einheit“ sowie Neuwahlen umgesetzt werden können, wird sich in den kommenden Wochen und Monaten zeigen.

3 Gemeint sind hier das Nahost-Quartett (USA, EU, Russland, Vereinten Nationen), die Arabische Liga und Staaten mit einer traditionell engen Bindung zu Israel, wie z.B. Deutschland und Frankreich.

4 Spätestens seit der Konferenz von Taba im Jahr

2001, sind die groben Parameter zu Grenzen, Siedlungen, Jerusalem, der Flüchtlingsfrage und Sicherheit festgelegt und haben sich seitdem auch nicht bedeutend verändert.

5 Gemeint sind alle israelischen Staatsbürger, egal ob Juden oder Araber bzw. andere Minderheiten.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Ziel des Länderberichts ist es, sich dieser Frage aus verschiedenen Richtungen anzunähern. In einem ersten Schritt soll das Thema sowohl historisch nachgezeichnet als auch inhaltlich analysiert werden. Im Zentrum steht dann die palästinensische Auseinandersetzung mit der Forderung. Zudem wird ein Versuch unternommen, ein internationales Stimmungsbild zu zeichnen, bevor es im letzten Teil um mögliche Lösungswege aus dem Verhandlungsdilemma geht.

Der jüdische Staat

Der Charakter und die Identität des israelischen Staates als Verhandlungsgegenstand sind ein Produkt des zusammenbrechenden Friedensprozesses zum Ende der Präsidentschaft Bill Clintons. In den so genannten Clinton-Parametern, die der US-Präsident kurz vor seinem Ausscheiden aus dem Amt präsentierte, stellte er in Bezug auf die palästinensische Flüchtlingsfrage fest, dass das „Recht auf Rückkehr“ nicht „den jüdischen Charakter des Staates [Israel]“⁶ gefährden dürfe:

“The solution will have to be consistent with the two-state approach - the state of Palestine as the homeland of the Palestinian people and the state of Israel as the homeland of the Jewish people.”⁷

Ausgehend von dieser Überlegung forcierte die israelische Regierung zunächst die Anerkennung Israels als „jüdischen Staat“ von den Vereinigten Staaten. Dieser Forderung wurde erstmals in einer Rede des ehemaligen US-Außenministers Colin Powell⁸ entsprochen.⁹ Auch Präsident George W. Bush bekräftigte in der Folge das Bekenntnis zum jüdischen Staat.

Im Kontext der Friedensverhandlungen wurde der „jüdische Staat“ aber erst ab 2007 zu einem konkreten Verhandlungsgegenstand. Ministerpräsident Ehud Olmert und seine Außenministerin Tzipi Livni – aktuell Justizministerin im Kabinett von Benjamin Netanjahu – hatten das Thema in Vorbereitung auf die Friedenskonferenz von Annapolis auf die Agenda gebracht und zum Ausgangspunkt jedweder Verhandlungen mit den Palästinensern erklärt. Die palästinensische Delegation protestierte gegen die Forderung, auch mit Erfolg, denn die Bush-Administration griff in den „Nachwehen“ von Annapolis wieder auf die Clintonsche Formulierung der „jüdischen Heimstätte“ zurück.¹⁰

Olmerts Nachfolger Benjamin Netanjahu machte die Forderung mit Beginn seiner zweiten Amtszeit im Jahr 2009 zum Herzstück seiner Beziehungen mit den Palästinensern. In seiner Rede vor der Bar-Ilan Universität im Jahr 2009 stellte er fest:

“The fundamental condition for ending the conflict is the public, binding and sincere Palestinian recognition of Israel as the national homeland of the Jewish People.”¹¹

Und weiter:

“For this to have practical meaning, we need a clear agreement to solve the Palestinian refugee problem outside of the borders of the State of Israel. For it is clear to all that the demand to settle the Palestinian refugees inside of Israel, contradicts the continued existence of the State of Israel as the state of the Jewish People.”¹²

6 s. „The Clinton Proposal on Israeli-Palestinian Peace“ vom 23. Dezember 2000

7 Ebd.

8 Powell war US-Außenminister der ersten Bush-Administration von 2001-2005.

9 The Guardian, „Colin Powell's Speech in full“, 20. November 2001, im Internet unter:

<http://www.theguardian.com/world/2001/nov/20/afghanistan.israel>

10 „President Bush Discusses Israeli-Palestinian Peace Process“, 10. Januar 2008, im Internet unter: <http://georgewbush-whitehouse.archives.gov/news/releases/2008/01/20080110-3.html>

11 Haaretz, „Full text of Netanyahu's foreign policy speech at Bar Ilan“, im Internet unter: <http://www.haaretz.com/news/full-text-of-netanyahu-s-foreign-policy-speech-at-bar-ilan-1.277922>

12 Ebd.

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Diesen Standpunkt wiederholte Netanjahu sowohl im Jahr 2010 vor dem US-Kongress als auch 2013 bei seiner Rückkehr an die Bar-Ilan Universität:

"[...] [A]re you ready finally to recognize the Jewish state? They answer: We are prepared to recognize the Israeli people; we are ready to recognize Israel. I say, that is not the question I am asking: are you prepared to recognize the Jewish state, the nation state of the Jewish people? And the answer so far has been no. Why not?"¹³

Es wird deutlich, dass es bei der Anerkennung des „jüdischen Staates“ um mehr als eine symbolische Geste seitens der Palästinenser geht. Netanjahus Forderung bewegt sich vielmehr auf zwei Ebenen, die man voneinander trennen sollte: einer symbolischen Ebene ohne direkte politikpraktische Relevanz und einer rechtlichen Ebene mit bedeutender praktischer Relevanz.¹⁴

Israel ist ganz offensichtlich ein jüdischer Staat. Und zwar in dem Sinne, als dass die Besiedlung Palästinas aus einem jüdischen Nationalismus Ende des 19. Jahrhunderts hervorgegangen ist und die Schaffung eines jüdischen Staates, einer Zufluchtsstätte für die Juden aus Europa nach dem Holocaust internationale Zustimmung erfuhr; und in dem Sinne, dass die überwiegende Mehrheit der Bürger jüdisch ist und eine gemeinsame Sprache, Hebräisch, spricht.¹⁵ Auf symbolischer Ebene geht es also vor allem um die Anerkennung dieses Narratives.¹⁶ Die Paläs-

13 Times of Israel, „Full text of Netanyahu's speech at Bar-Ilan“, im Internet unter: <http://www.timesofisrael.com/full-text-of-netanyahus-speech-at-bar-ilan/>

14 Vgl. Bernard Avishai, „The Jewish State in Question“, in: The New Yorker, 2. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.newyorker.com/online/blogs/newsdesk/2014/01/the-jewish-state-in-question.html>

15 Der UN-Teilungsplan von 1947 spricht ja auch von einem jüdischen und einem arabischen Staat; ebenso spricht die israelische Unabhängigkeitserklärung von einer „jüdischen Heimstätte“

16 Gleiches gilt für die Palästinenser.

tinenser geben an, dies im Jahr 1993 mit der Anerkennung Israels geleistet zu haben.

Für Ministerpräsident Netanjahu ist diese Anerkennung jedoch nicht ausreichend, da aus seiner Sicht die Anerkennung des „jüdischen Staates“ unmittelbar mit dem Erhalt des jüdischen Charakters des Staates verbunden ist. Daher bereitet kaum ein Verhandlungspunkt der israelischen Regierung so viele Sorgen wie das Recht der palästinensischen Flüchtlinge auf Rückkehr und seine potenziellen demographischen Folgen. Es ist rechnerisch völlig unzweifelhaft, dass das umfassend international verbrieftete Recht der Palästinenser auf Rückkehr nicht mit dem Erhalt des „jüdischen Charakter des Staates Israel“ kompatibel ist.

Gleichwohl scheint auf palästinensischer Seite in den letzten Monaten die Bereitschaft zu wachsen, dieses umfassende Rückkehrrecht nicht ausschließlich auf Israel projizieren zu wollen. So sollen Flüchtlinge entscheiden können, ob sie:

- ⇒ in ihrem gegenwärtigen „Gastland“ volle Bürgerrechte beanspruchen,
- ⇒ in die Palästinensischen Gebiete zurückkehren,
- ⇒ entsprechend eines international festgelegten Kontingents in einem Drittland aufgenommen werden,
- ⇒ oder nach Israel zurückkehren.

Letzte Option wäre somit nur eine von Vieren. Zur genauen Zahl der palästinensischen Rückkehrer nach Israel schweigt die PLO bisher. Bill Clinton und auch John Kerry schlugen hier die Zahl von 80.000 Personen vor, die über einen Zeitraum von acht Jahren nach Israel zurückkehren könnten. Damit sollten sowohl die israelischen Bevölkerungsverhältnisse im Kern gewahrt als auch das Staatsgebilde vor einer plötzlichen Überforderung geschützt werden.

Die zweite, rechtliche Ebene betrifft vor allem das Verhältnis des israelischen Staates zu seinen Bürgern. Hier geht es

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

um Fragen der Demokratie und Rechtsstaatlichkeit. Diese Debatte wird vor allem innerhalb der israelischen Gesellschaft vehement geführt und kulminiert in den Fragen wer israelischer Staatsbürger ist und wer es werden kann. In Bezug auf Israels nicht-jüdische Minderheiten ist diese Frage von zentraler Bedeutung.

Die palästinensische Reaktion

Die palästinensische Reaktion auf diese israelischen Forderungen fiel sehr deutlich aus. Präsident Mahmoud Abbas bekräftigte im Zuge der letzten Verhandlungen immer wieder: "We will not accept and it's our right not to recognize the Jewish state."¹⁷

Warum aber lehnen die Palästinenser die Anerkennung Israels als „jüdischer Staat“ so vehement ab? Die Ablehnung gründet sich im Kern auf drei Sorgen, die inhaltlich mit den bereits aufgezeigten Ebenen korrespondieren. Dazu gesellt sich eine allgemeine Verwirrung, die Zeitpunkt und Logik in Frage stellt. Abbas sagte dazu im Mai 2009:

"It is not my job to give a description of the state. Name yourself the Hebrew Socialist Republic — it is none of my business."¹⁸

Und weiter im Januar 2014:

"This is a story that we have heard only in the last two years. We won't recognize and accept the Jewishness of Israel. We have many excuses and reasons that prevent us from doing so."¹⁹

17 Times of Israel, „In fiery speech, Abbas rejects Jerusalem concessions“, 11. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.timesofisrael.com/in-fiery-speech-abbas-rejects-jerusalem-concessions/>

18 The New York Times, „Abbas Rejects Calling Israel a Jewish State“, 27. April 2009, im Internet unter: http://www.nytimes.com/2009/04/28/world/middleeast/28mideast.html?_r=0

19 The Jerusalem Post, „Abbas reaffirms refusal to recognize Israel as a Jewish state“, 11. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.jpost.com/Diplomacy-and->

Auf Seiten der Palästinenser herrscht in erster Linie Unverständnis darüber, dass der „jüdische Staat“ jahrzehntelang keine Rolle in den Friedensverhandlungen gespielt hat und erst in den letzten Jahren schlagartig zu einer alles überschattenden Forderung geworden ist. Mit der Anerkennung des Staates Israel durch die PLO im Zuge der Oslo-Abkommen galt das Thema für die Palästinenser eigentlich als erledigt. Dass diese nun nicht mehr ausreichend sein soll und Israel im Gegenzug dem palästinensischen Staat die Anerkennung bis heute nicht ausgesprochen hat, sorgt beim palästinensischen Chefunterhändler Saeb Erekat für Unmut:

"We recognize the State of Israel, but we have not heard Israel recognize the state of Palestine within the 1967 borders."²⁰

Hinzu kommt, dass es völkerrechtlich allgemein nicht üblich ist, dass ein Staat den Charakter, bzw. die Identität, eines anderen Staats anerkennt.

Darüber hinaus besteht auf palästinensischer Seite die Sorge, mit der Anerkennung Israels als jüdischen Staat die eigene Jahrtausende alte Verbindung zum Heiligen Land aufzugeben. Der palästinensische Außenminister Riyad al-Maliki formuliert seine Bedenken wie folgt:

"It would be dangerous to recognize this because this would mean our acceptance of the dissolution of our own history and ties and our historic right to Palestine. This is something that we will never accept under any circumstances. [...] This also raises questions about the [Palestinian] refugees and the right of return. So this is something that we absolutely cannot accept."²¹

Politics/Abbas-reaffirms-refusal-to-recognize-Israel-as-a-Jewish-state-337854

20 Israel National News, „Erekat: 'We Don't Hear Israel Recognize Us as 'Palestine'“, 2. April 2014, im Internet unter: http://www.israelnationalnews.com/News/News.aspx/177051#.U34S4lh_vyw

21 al-Sharq al-Awsat, „Palestinian foreign minister: We will never recognize Jewish character of Is-

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

Aus Sicht der Palästinenser ist die Anerkennung des jüdischen Staates unmittelbar mit der Bekräftigung einer politischen Ideologie und eines historischen Narratives verbunden, welche die historische Verbindung der Palästinenser zu Palästina in Frage stellen und ihre Version der historischen Ereignisse²² verzerren. Die Anerkennung käme ihrer Ansicht nach einer Selbstverleugung gleich.²³

Damit verbunden ist die zweite Befürchtung, nämlich dass eine Anerkennung in letzter Konsequenz den gänzlichen Verzicht auf das Rückkehrrecht jener Flüchtlinge bedeutet, die 1948 im Zuge des Krieges mit Israel vertrieben wurden. Damit wäre die palästinensische Verhandlungsposition signifikant geschwächt. Ein analoges Problem ist auf israelischer Seite der Status von Jerusalem. So sehr Israel eine Teilung der Stadt verhindern will, so sicher ist auch, dass die Palästinenser kein Abkommen akzeptieren werden, das die Hauptstadt eines Palästinenserstaates nicht in Ost-Jerusalem verortet. So gesehen ist das Rückkehrrecht ein wirkungsvolles palästinensisches Druckmittel, Israel in der Statusfrage zu Kompromissen zu bewegen.²⁴

Die dritte Sorge betrifft den Status der arabischen Minderheit in Israel. Fast 20 Prozent der israelischen Bevölkerung sind Nicht-Juden und die meisten von ihnen christliche oder muslimische Araber die eng mit anderen Familien in der Westbank

oder auch Gaza verbunden sind. Trotz Be-
teuerungen von Seiten Israels befürchten
die Palästinenser eine institutionalisierte
Diskriminierung gegenüber Minderheiten
in einem jüdischen Staat. Die palästinensische
Führung will es daher vermeiden,
einer Forderung zuzustimmen, die den
rechtlichen Status der arabischen Minder-
heit in Israel gefährden könnte.

Internationale Reaktionen

Die internationale Staatengemeinschaft
wirkt verunsichert, wie sie mit der Forde-
rung umgehen soll. Dementsprechend
gemischt fallen die Reaktionen aus.

Selbst die US-Regierung von Präsident
Barack Obama, Israels wichtigstem Ver-
bündeten und Fürsprecher, scheint biswei-
len unentschlossen, wie man sich dazu
positionieren soll. Zwar erachtet man in
Washington die Forderungen als annehm-
bar, was Präsident Obama auch deutlich
an die Palästinenser kommuniziert hat:
"Palestinians must recognize that Israel
will be a Jewish state."²⁵ Unklarheit
scheint jedoch über den Stellenwert der
Forderung im Verhandlungsprozess zu be-
stehen. So bemerkte Außenminister John
Kerry vor dem US-Kongress:

"I think its a mistake for some people to
be raising it again and again as the critical
decider of their attitude toward the possi-
bility of a state, and peace, and we've ob-
viously made that clear."²⁶

Die Europäische Union hingegen hat zu
der Frage noch keine Stellung bezogen,
hauptsächlich, weil man sich weder über

rael", 20. Januar 2014, im Internet unter:
<http://www.aawsat.net/2014/01/article55327533>

22 Die Vertreibung der Palästinenser aus Israel im
Zuge des Krieges von 1948 ist als „al-Nakba“, die
Katastrophe, in das kollektive Gedächtnis einge-
gangen und ein zentraler Referenzpunkt der pa-
lästinensischen Identität.

23 Vgl. hierzu die Aussage von Nabil Shaath, „Wir
lassen uns nicht das Narrativ der Siegermacht
diktieren“, in: Rundschau, „Schwieriges Bekennt-
nis zum jüdischen Staat“, 2. März 2014, Im In-
ternet unter: [http://www.fr-
online.de/meinung/israel-schwieriges-
bekennntnis-zum-juedischen-
staat,1472602,26437646.html](http://www.fr-online.de/meinung/israel-schwieriges-bekennntnis-zum-juedischen-staat,1472602,26437646.html)

24 Vgl. Hussein Ibish. „Should the Palestinians Re-
cognize Israel as a Jewish State?“ Im Internet un-
ter:
http://www.foreignpolicy.com/articles/2011/05/25/should_the_palestinians_recognize_israel_as_a_jewish_state

25 Times of Israel, „The key to Mideast peace, ne-
glected by the world“, 14. Februar 2014, im In-
ternet unter: [http://www.timesofisrael.com/the-
key-to-mideast-peace-neglected-by-the-
world/?utm_source=The+Times+of+Israel+Daily
+Edition&utm_campaign=acbeb1874b-
2014_02_14&utm_medium=email&utm_term=0
_adb46cec92-acbeb1874b-54584953](http://www.timesofisrael.com/the-key-to-mideast-peace-neglected-by-the-world/?utm_source=The+Times+of+Israel+Daily+Edition&utm_campaign=acbeb1874b-2014_02_14&utm_medium=email&utm_term=0_adb46cec92-acbeb1874b-54584953)

26 The Jerusalem Post, „Kerry: Netanyahu wrong to
insist Palestinians recognize Israel as Jewish
state“, 14. März 2014, im Internet unter:
[http://www.jpost.com/Diplomacy-and-
Politics/Kerry-says-Netanyahu-wrong-to-insist-
Palestinians-recognize-Israel-as-Jewish-state-
345341](http://www.jpost.com/Diplomacy-and-Politics/Kerry-says-Netanyahu-wrong-to-insist-Palestinians-recognize-Israel-as-Jewish-state-345341)

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

das Konzept eines „jüdischen Staates“ noch über die Auswirkungen einer Stellungnahme auf die Friedensverhandlungen im Klaren ist, so der EU-Botschafter in Israel, Lars Faaborg-Anderson:

“I don't think we have any clear position on that because we're not 100 per cent sure what is meant by this concept of a Jewish state,” adding, “All I can say is that this is for the parties to discuss.”

Sein Sprecher gab zudem bekannt:

“The EU has not pronounced a position on the question of recognition of Israel as a Jewish state among other reasons because we're not sure about the implications of this on other final status issues.”²⁷

Auf der Ebene einzelner Mitgliedstaaten lassen sich jedoch durchaus Positionen festmachen, auch wenn es schwer fällt, Stellungnahmen zu dieser Frage zu finden. Offene Gegenstimmen und Kritik sind kaum zu vernehmen. Der Großteil der europäischen Mitgliedstaaten beruft sich auf den offiziellen Standpunkt der EU. Nur jene Staaten mit einem traditionell engen Verhältnis zu Israel, wie z.B. Deutschland und Frankreich, haben ihre Unterstützung öffentlich kundgetan.

Deutschland hat aufgrund seiner besonderen Verantwortung stets die Sicherheit und das Existenzrecht Israels als oberste Maxime betont. Dennoch war auch in der deutschen Rhetorik bis vor wenigen Jahren ausschließlich von „Israel“ oder „dem israelischen Staat“ die Rede. Die Formulierung von „Israel als jüdischem Staat“²⁸ taucht erstmals im Koalitionsvertrag zwischen CDU/CSU und FDP aus dem Jahr 2009 auf. Seit 2013 geht die Formulierung einen Schritt weiter und spricht vom „jüdischen und demokratischen“²⁹ Staat.

27 BICOM, „EU Ambassador to Israel refuses to take position on Jewish State“, 23. Januar 2014, im Internet unter: <http://www.bicom.org.uk/news-article/18426/>

28 „Wachstum. Bildung. Zusammenhalt. Der Koalitionsvertrag zwischen CDU, CSU und FDP“, Oktober 2009.

29 „Deutschlands Zukunft gestalten. Koalitionsver-

Deutschlands Position ist also eindeutig. Wichtig bei dieser Formulierung ist die deutsche Verknüpfung der Konzepte „jüdisch“ und „demokratisch“.

Die einzige offene Gegenstimme auf dem internationalen Parkett erhält Israel zur Zeit von der Arabischen Liga, die sich in Unterstützung der Palästinenser der Ablehnung eines „jüdischen Staates“ angeschlossen haben.³⁰

Auswege aus dem Dilemma

Bei allem Für und Wider bleibt letztendlich die Frage, welche Lösungen sich aus dieser verfahrenen Situation finden lassen.

Auf der symbolischen Ebene muss ein Konsens darüber gefunden werden, wie die Anerkennung des Gegenübers und seines Narratives nicht auf Kosten der eigenen kollektiven Erinnerung ermöglicht wird. Reziprozität ist eine zwingende Voraussetzung für den Erfolg. Die Palästinenser haben mit der Anerkennung Israels bereits einen entscheidenden Schritt geleistet. Dieser sollte gewürdigt und nicht banalisiert werden. Die Anerkennung eines Rechts der Palästinenser auf einen eigenen Staat in den Grenzen von 1967 (mit entsprechendem Gebietsaustausch) könnte ein entscheidender Schritt sein, um auf dieser Ebene eine vertrauensbildende Maßnahme zu schaffen.

In Anbetracht der engen Verknüpfung der Flüchtlingsfrage, bzw. des Rückkehrrechts, mit der Anerkennung des jüdischen Staates sollte auf den Ebenen mit praktischer und rechtlicher Relevanz der Fokus darauf liegen, die beiden Fragen wieder voneinander zu entkoppeln. Die Lösung muss einerseits das Recht auf Rückkehr als grundlegendes Recht der Palästinenser und als Teil ihrer Identität anerkennen. Andererseits muss die prakti-

trag zwischen CDU, CSU und SPD“, Dezember 2013.

30 Haaretz, „Arab League rejects Israel as a Jewish state“, 27. März 2014, im Internet unter: <http://www.haaretz.com/news/diplomacy-defense/1.582110>

Konrad-Adenauer-Stiftung e.V.

**PALÄSTINENSISCHE
GEBIETE**

DR. HANS MARIA HEYN
BASTIAN SCHROEDER

27. Juni 2014

www.kas.de/ramallah
www.kas.de

**Aktuelle Updates und
Informationen auf
facebook**

sche Umsetzung dieses Rechts für Israel, vor allem was die Bevölkerungsstruktur betrifft, annehmbar sein. Das wissen sowohl die palästinensische Führung als auch israelische Politiker und könnten daher mit einer offenen und versöhnlichen Rhetorik zur Entspannung dieser Diskussion beitragen.

Auch könnte die Anerkennung des „jüdischen Staates“ von allen Endstatus-Fragen unabhängig behandelt werden. Derart auf das Ende von Verhandlungen verlegt, würde das Thema bedeutend an Brisanz verlieren. Das würde den Palästinensern mehr Verhandlungsspielraum geben und die Frage nach der Anerkennung in ein anderes Licht rücken.